



Sehr geehrte Damen und Herren,

heute ist der Bundesrat erneut zu einer Sondersitzung zusammen getreten. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat Auswirkungen auf die humanitäre, gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage in Deutschland. Um die Folgen abzumildern, hat das Bundeskabinett weitere Entlastungen beschlossen. Daher haben wir heute den Ergänzungshaushalt 2022 im Bundesrat beraten und eine umfangreiche Stellungnahme verabschiedet. Insbesondere Menschen mit geringem Einkommen müssen spüren, dass sie entlastet werden.

Mit dem Newsletter aus der Hessischen Landesvertretung Berlin berichten wir regelmäßig über interessante und aktuelle Ereignisse in Berlin, um Sie auf dem Laufenden zu halten.

Mit freundlichen Grüßen

Lucia Puttrich
Staatsministerin

BUNDESRAT - Plenarsitzung am 11. Mai 2022



© Henning Schacht



© Henning Schacht

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Ergänzung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022

Der Bundesrat ist heute zu einer Sondersitzung zusammen getreten, um den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Ergänzungshaushalts für das Jahr 2022 zu beraten. Mit dem vorgelegten Entwurf soll die Finanzierung weiterer Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ermöglicht werden.

Die Länder haben in der Sondersitzung eine umfangreiche Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf beschlossen. Sie warnen, dass der Staat nicht alle Verluste ausgleichen könne. Es sei notwendig, insbesondere stark belastete private Haushalte und Unternehmen gezielter zu entlasten. Ferner fordern die Länder, dass der Bund die Belastungen für die Energiepreispause, wie beim geplanten Klimageld, vollständig trägt. Die Stellungnahme weist auch auf die erheblichen Kosten für Umsetzung und Organisation des geplanten 9-Euro-Tickets für den Regionalverkehr hin und erwartet in diesem Fall ebenfalls einen vollständigen finanziellen Ausgleich für Länder und Kommunen. Der Bundesrat erinnert zudem an die Zusage der Bundesregierung, eine einvernehmliche Regelung zur Beteiligung an den flüchtlingsbezogenen Kosten zu finden, die rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 gelten soll. Die Stellungnahme wird nun über die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag zugeleitet. Nachdem sich dieser mit dem Haushaltsgesetz 2022 befasst hat, berät auch der Bundesrat noch einmal den Etat.

Ministerpräsident Volker Bouffier veranschaulichte in seiner Rede, dass staatlich nicht alles abgedeckt werden könnte. Aber wenn Unterstützungen beschlossen würden, dann für diejenigen, „die es besonders brauchen“.

>>> zum [Video](#)

VIDEOS & BILDER

Unsere **Veranstaltungen** können Sie auf unserem **YouTube** Kanal **Hessen in Berlin und Europa** sowie bei **Twitter** unter **@EUBerlinEuropa** abrufen.



© HLV Berlin | Miguel Brusch

Zu Besuch in der Landesvertretung

Ministerin Lucia Puttrich empfängt Botschafter der Mongolei

Die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich hat sich in Berlin mit dem Botschafter der Mongolei, S.E. Herr Mandakhbileg Birvaa, getroffen. Beide tauschten sich über Möglichkeiten aus, wie die Beziehungen zwischen Hessen und der Mongolei vertieft werden können.



© HLV Berlin | Simone M. Neumann

„Die Bundesstaatlichkeit – auch ein Modell für die EU?“

Diskussionsveranstaltung mit Experten in der Hessischen Landesvertretung

„Wir müssen diskutieren, wo Europa künftig stärker gemeinsam handelt und in welcher Struktur dies geschehen soll“. Mit diesen Worten skizzierte Lucia Puttrich, Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, in der Einführung ins Thema den Kern der Fragestellung einer Podiumsdiskussion, die am 4. Mai im Rahmen der Europawoche in der Hessischen Landesvertretung in Berlin stattfand. In ihrem Grußwort würdigte Europaministerin Puttrich den Anlass des Treffens: „Die Europawoche ist ein geeigneter Zeitpunkt, um den Menschen Europa näher zu bringen. Deshalb führen wir hessenweit Veranstaltungen durch und tauschen uns über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Europäischen Union aus.“

>>> mehr dazu auf staatskanzlei.hessen.de

TERMINVORSCHAU

Plenarsitzung des Bundesrates

Der Bundesrat wird am 20. Mai 2022 erneut zusammen treten.

Plenarwoche des Deutschen Bundestags

Die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestags findet vom 16. bis 20. Mai statt.



Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin
Telefon 030. 726 200 500
www.landesvertretung.hessen.de
www.stk.hessen.de

Parkplätze stehen leider nicht zur Verfügung.
Öffentliche Verkehrsmittel:
U2 & S-Bahn »Potsdamer Platz«, 2 Min.,
barrierefrei,
Fußweg über Ebertstraße Richtung
Brandenburger Tor.

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datenschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Bildnachweise Banner ©Henning Schacht (1., 2., 3., 4. v.l.), ©T. Koch (2.v.r.)

Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin

Hessen in Berlin und Europa im Social Web:

